

135 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (VI. G. P.).

2. 5. 1950.

Regierungsvorlage.

Bundesgesetz vom 1950, womit das Bundesgesetz vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 176, über Beihilfen zum Wiederaufbau kriegsbeschädigter land- und forstwirtschaftlicher Betriebe abgeändert wird (2. Landwirtschaftliche Wiederaufbaugesetz-Novelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 176, über Beihilfen zum Wiederaufbau kriegsbeschädigter land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (Landwirtschaftliches Wiederaufbaugesetz), in der Fassung des Bundesgesetzes vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 123 (Landwirtschaftliche Wiederaufbaunovelle), wird abgeändert wie folgt:

1. Im § 4 Abs. 1 erster Satz hat an die Stelle des Wortes „vier“ das Wort „sieben“ zu treten.
2. § 4 Abs. 2 zweiter Satz hat zu lauten:

„Die Gemeinden sind bei der Vorschreibung und Einhebung den Finanzämtern zur Hilfeleistung verpflichtet.“

3. § 4 Abs. 4 zweiter Satz hat zu lauten:

„Erstmalig ist er am 15. Mai 1948 für das erste Halbjahr 1948 vorzuschreiben.“

4. Im § 5 behält der unter Artikel I Z. 3 der Landwirtschaftlichen Wiederaufbaunovelle vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 123, eingefügte Absatz die Absatzbezeichnung (2); der Abs. 2 des Landwirtschaftlichen Wiederaufbaugesetzes, in seiner Fassung vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 176, erhält die Absatzbezeichnung (3). In diesem Absatz entfällt das Wort „dreijährigen“.

5. Im § 6 entfallen der Abs. 1 und die Absatzbezeichnung (2).

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen betraut.

Erläuternde Bemerkungen.

Der Land- und forstwirtschaftliche Wiederaufbaufonds wurde mit dem Bundesgesetz vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 176, ins Leben gerufen. Er bezweckt, durch Gewährung unverzinslicher, nicht rückzahlbarer Beihilfen aus Fondsmitteln den Wiederaufbau von durch Kriegshandlungen zerstörten oder beschädigten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zu ermöglichen.

Die erforderlichen Geldmittel des Fonds wurden vorerst gemäß § 4 Abs. 1 leg. cit. durch einen 30/oigen Wiederaufbaubeitrag vom Grundsteuermeßbetrag aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aufgebracht.

Inzwischen eingetretene Bewegungen am Lohn- und Preismarkte sowie die ursprünglich unterschätzte Zahl der kriegsbeschädigten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsstätten erforderten schon frühzeitig eine Erhöhung des ursprünglich präliminierten Fondskapitals, der durch die Landwirtschaftliche Wiederaufbaunovelle (BGBl. Nr. 123/1948) insoferne Rechnung getragen wurde, als die Fondsbeiträge gemäß Artikel I Z. 1 leg. cit. von 30 auf 50 v. H. des Grundsteuermeßbetrages erhöht und die Laufzeit für die Entrichtung der Fondsbeiträge bis 31. Dezember 1951 erstreckt wurde.

Auf Grund dieser Beitragsleistungen bringt an Fondsmitteln die Land- und Forstwirtschaft bis 31. Dezember 1951 den Betrag von 123,885.196 S aus eigenen Mitteln auf.

Bis 31. Dezember 1949 gingen auf diese Summe tatsächlich schon 62,835.378 S ein. Weiters bevorschusste das Bundesministerium für Finanzen den Fonds mit einem Betrage von 60,970.801 S, der aus den ab 1. Jänner 1950 bis 31. Dezember 1951 noch weiter einlaufenden Fondsbeiträgen zurückgezahlt werden muß.

Diese beiden Beträge von zusammen 123,806.179 S sind für Fondszwecke bis 31. Dezember 1949 restlos verausgabt worden.

Der Fondsverwaltung beziehungsweise den Landwirtschaftskammern lagen bis 31. Dezember 1949 insgesamt 12.229 Schadensfälle beziehungsweise fundierte Anträge auf Gewährung von Beihilfen vor.

Mit dem Betrage von 123,806.179 S konnten bis 31. Dezember 1949 von diesen 12.229 Schadensfällen 5248 Anträge durch Gewährung von Beihilfen aufrecht erledigt werden, während 2863 Anträge lediglich bevorschusst werden konnten.

Es waren somit am Stichtag 31. Dezember 1949 noch 6981 Schadensfälle beziehungsweise Anträge auf Beihilfengewährung zu behandeln und zu erledigen. Nach Angabe der Landwirtschaftskammern wird die Anzahl der bis 31. Dezember 1949 eingereichten Beihilfeansuchen sich nicht mehr erhöhen.

Eingehende Berechnungen auf Grund der vorliegenden Beihilfeansuchen und der bisherigen reichen Erfahrungen der Fondsverwaltung ergaben, daß zur aufrechten Erledigung dieser noch offenen 6981 Beihilfeansuchen ein weiteres Fondskapital in der Höhe von 155 Millionen Schilling unbedingt notwendig ist.

Diese Berechnung wurde unter Bedachtnahme auf die äußerste Sparsamkeit erstellt. Es wird insbesondere darauf verwiesen, daß, wie auch bisher, grundsätzlich an Beihilfen nur 50 v. H. der Baukosten, in außerordentlich berücksichtigungswürdigen Fällen höchstens 75 v. H. derselben ausbezahlt werden und der Antragsteller den Rest der Baukosten aus eigenen Mitteln beistellen muß.

Der Wiederaufbaufonds hätte mit 31. Dezember 1949 mit Rücksicht auf die völlige Erschöpfung seiner verfügbaren Mittel seine Tätigkeit einstellen müssen, wenn nicht eine Überbrückung im Wege einer budgetären Bereitstellung von 36 Millionen Schilling aus Bundesmitteln ihm die Weiterarbeit ermöglicht hätte. Mit einer weiteren Beistellung von Bundesmitteln kann aus staatsfinanziellen und budgetären Gründen keinesfalls gerechnet werden.

Um diesen Betrag von 36 Millionen Schilling erniedrigt sich der errechnete Fondsbedarf von 155 Millionen Schilling auf 119 Millionen Schilling.

Die Land- und Forstwirtschaft wird daher nicht umhin können, die Fortführung dieser von ihr ins Leben gerufenen Aufbauaktion durch Beistellung noch weiterer Geldmittel zu ermöglichen.

Da der Land- und Forstwirtschaft mit Rücksicht auf ihre übrigen Belastungen und das immerhin noch nicht behobene Nachhinken der Agrarpreise nicht zugemutet werden kann, den ganzen offenen Fondsbedarf in der Höhe von 119 Millionen Schilling aufzubringen, nachdem sie schon 123 Millionen Schilling für Fondszwecke aufbrachte, sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Verlängerung der im § 4 Abs. 1 des Landwirtschaftlichen Wiederaufbaugesetzes in der Fassung des Artikels I Z. 1 der Landwirtschaftlichen Wiederaufbaunovelle festgesetzten Beitragspflicht in der Höhe von 50 v. H. des Grundsteuermeßbetrages aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Betriebsgrundstücke land- und forstwirtschaftlicher Art lediglich um drei Jahre, d. i. bis 31. Dezember 1954 vor.

Da im Wege der Fondsbeiträge der Land- und Forstwirtschaft auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen derzeit rund 25 Millionen Schilling im Jahr aufgebracht werden, werden durch die dreijährige Verlängerung der Beitragspflicht dem Fonds im ganzen nur noch 75 Millionen aus Mitteln der Land- und Forstwirtschaft zufließen, während zur Aufbringung von 119 Millionen Schilling, ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Beitragspflicht, $4\frac{3}{4}$ Beitragsjahre notwendig gewesen wären.

Es bleibt somit noch immer ein Fondsdefizit in der Höhe von 44 Millionen Schilling bestehen, dessen Deckung auf anderen Wegen gesucht werden muß, da mit einer nochmaligen gesetzlichen Erstreckung der Beitragspflicht mit Rücksicht auf die angespannte wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft keinesfalls mehr zu rechnen ist.

Die durch den vorliegenden Gesetzentwurf in Aussicht genommene weitere Auffüllung des Wiederaufbaufonds ist unbedingt notwendig, wenn nicht nach der in Kürze zu erwartenden Erschöpfung der beigestellten budgetären Mittel in der Höhe von 36 Millionen Schilling die Fondstätigkeit eingestellt werden soll.

Dies würde aber bedeuten, daß noch über 5000 kriegsbeschädigte oder kriegszerstörte land- und forstwirtschaftliche Betriebe dem völligen wirtschaftlichen Verfall preisgegeben werden würden, denn Fondsbeihilfen dürfen grundsätzlich nur solchen notleidenden Betrieben gewährt

werden, die nicht über die notwendigen Eigenmittel zur Wiederherstellung ihrer Betriebsstätten verfügen. Auch die lebenswichtige Notwendigkeit Österreichs, eine weitgehende Autarkie auf land- und forstwirtschaftlichem Produktionsgebiete zu erreichen, würde im krassen Widerspruche mit der Preisgabe einer solchen Vielzahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe stehen. Es muß vielmehr alles darangesetzt werden, alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe raschestens auf ihr volles Produktionspotential zu bringen.

Aber auch die Arbeitslosigkeit würde durch eine abrupte Einstellung der Fondstätigkeit außerordentlich abträglich beeinflusst werden. Es sind derzeit mit Hilfe von Fondsmitteln rund 2000 Baustellen in Betrieb. Über 5000 Baustellen sollen noch mit Hilfe von Fondsmitteln ehestens aktiviert werden. In den großen Schadensgebieten Steiermark, Niederösterreich, Burgenland führte die Aktion des landwirtschaftlichen Wiederaufbaues zwangsläufig zur Entstehung und Vergrößerung zahlreicher Bauunternehmungen, die sich Maschinen anschaffen und den notwendigen Arbeiterstand sichern mußten, um den vielfältigen, an sie herantretenden Anforderungen des Aufbaues zu genügen. Vielfach mußten auch Kredite von Raiffeisen- und Genossenschaftskassen mobilisiert werden, um die Fließarbeit an den geballten Schadensstellen nicht durch die unvermeidlichen Stockungen in der Beihilfegewährung zu gefährden.

Ein plötzliches Abreißen der Fondstätigkeit müßte daher auf diesen Arbeitsgebieten zu schweren Störungen, einem plötzlichen Anschwellen der Arbeitslosigkeit und möglicherweise auch zu Schwierigkeiten mancher bäuerlicher Kreditinstitute führen.

Diese Erwägungen waren bestimmend, zeitgerecht Vorsorge zur weiteren Bedeckung des Fondsbedarfes auf dem durch den Gesetzentwurf vorgesehenen Wege zu treffen.

Im einzelnen ist zu dem Gesetzentwurf zu bemerken:

Artikel I Z. 1 verlängert die im § 4 Abs. 1 des Wiederaufbaugesetzes, in der Fassung der Wiederaufbaunovelle, mit vier Jahren vorgesehene Laufzeit für die Leistung der Fondsbeiträge auf sieben Jahre (d. i. bis 31. Dezember 1954).

Artikel I Z. 2, Z. 3 und Z. 4 erster Satz dienen der Gutmachung von Redaktionsfehlern, die anlässlich der Landwirtschaftlichen Wiederaufbaunovelle vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 123, unterlaufen sind.

Artikel I Z. 4 zweiter Satz erscheint notwendig, um dem Bundesministerium für Finanzen die Möglichkeit einer weiteren Bevorschussung zu geben.

Zu Artikel I Z. 5 ist zu bemerken, daß nach der seinerzeitigen Fassung die Möglichkeit bestand, die Wiederaufbaubeiträge weitere drei Jahre nach Ablauf der im § 4 Abs. 1 des Wiederaufbaugesetzes vorgesehenen Frist einzuheben. Nach der vorliegenden Novelle wie auch bereits nach der Landwirtschaftlichen Wiederaufbaunovelle vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 123, ist eine weitere Einhebung von Beiträgen nach dem Ablauf des vorgesehenen Zeitraumes nicht beabsichtigt. Um diese Auffassung eindeutig zum Ausdruck zu bringen, erscheint die Streichung des § 6 Abs. 1 des Wiederaufbaugesetzes notwendig.

Artikel II enthält die Vollzugsklausel.